Deutscher Bundestag **Drucksache 15/1799**

15. Wahlperiode 22. 10. 2003

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Ernst Burgbacher, Marita Sehn, Helga Daub, Daniel Bahr (Münster), Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Horst Friedrich (Bayreuth), Rainer Funke, Joachim Günther (Plauen), Dr. Karlheinz Guttmacher, Dr. Christel Happach-Kasan, Christoph Hartmann (Homburg), Klaus Haupt, Ulrich Heinrich, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Eberhard Otto (Godern), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Dr. Günter Rexrodt, Dr. Hermann Otto Solms, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Dieter Thomae, Jürgen Türk, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

zu der Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung – Drucksache 15/1303 –

Tourismuspolitischer Bericht der Bundesregierung – 14./15. Legislaturperiode –

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Durch die terroristischen Anschläge vom 11. September 2001, SARS und den Irak-Krieg ist die Tourismusbranche weltweit in eine Krise geraten. Trotz dieser ungünstigen globalen Rahmenbedingungen weist der tourismuspolitische Bericht der Bundesregierung einige positive Entwicklungen der heimischen Tourismuswirtschaft auf. Die Zukunftsbranche Tourismus sichert bereits heute 2,8 Millionen Arbeitsplätze, stellt mehr als 100 000 Ausbildungsplätze zur Verfügung und trägt mit 8 Prozent maßgeblich zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) bei. Laut Tourismusbericht konnten sich der Kongress- und Tagungsmarkt, erdgebundene Reisen und die Bustouristik stabilisieren. Der Kreuzfahrtmarkt ist durch eine positive Entwicklung geprägt und das prognostizierte Reisebürosterben ist nicht eingetreten.

Diesen positiven und stabilen Entwicklungen stehen leider eine Vielzahl negativer Tendenzen gegenüber. Das sind:

– das Gastgewerbe musste im Jahr 2002 einen Umsatzrückgang gegenüber dem Vorjahr von 4 Prozent verzeichnen;

– bei Beherbergungsstätten mit mehr als acht Betten und Campingplätzen ist ein Minus von 2,5 Prozent bei den Übernachtungen eingetreten;

– im Beherbergungsgewerbe gingen die Umsätze um 2,5 Prozent und die Beschäftigtenzahlen um 1,5 Prozent zurück;

– die Übernachtungen ausländischer Gäste verringerte sich um 0,3 Prozent;
– die neuen Länder verzeichneten im Jahr 2002 erstmals seit Aufnahme in die Beherbergungsstatistik rückläufige Übernachtungszahlen in Höhe von 0,9 Prozent;
– im Gastronomiebereich lagen die Umsatzrückgänge im Jahr 2002 gegenüber dem Vorjahr zwischen 2,3 Prozent (Cafes) und 6 Prozent (Restaurants);
– im Jahr 2002 sind die Teilnehmerzahlen um 7,4 Prozent und die Pauschalreiseumsätze um 6,4 Prozent zurückgegangen (Reiseveranstalter und Reisemittler);
– die Luftverkehrsbranche befindet sich weltweit in ihrer bisher schwersten Krise. Im Jahr 2001 sank die Zahl der Fluggäste um 2,6 Prozent auf 137,9 Millionen und im Jahr 2002 um 3,2 Prozent auf 133,5 Millionen.

Die Bundesregierung hat mit verschiedenen Maßnahmen, die von der FDP-Bundestagsfraktion initiiert und unterstützt wurden, den Auswirkungen dieser globalen Krisen für den Tourismus in Deutschland zum Teil erfolgreich entgegengewirkt:

– Die Abschaffung der so genannten Trinkgeldbesteuerung, die die Bundesregierung nach langem und beharrlichem Drängen der FDP-Bundestagsfraktion ermöglichte, ist ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung des Dienstleistungs- und Serviceangebotes am Tourismusstandort Deutschland.
– Insbesondere die Rücknahme der von der Bundesregierung eingeführten bürokratischen und unflexiblen Regelung für geringfügig Beschäftigte hat sich für den Tourismus und den Arbeitsmarkt in Deutschland positiv ausgewirkt.
– Im Tourismusausschuss des Deutschen Bundestages besteht Einigkeit darüber, dass die durchgeführten Erhöhungen der Zuwendungen für die Deutsche Zentrale für Tourismus (DZT) e. V. zur touristischen Information im Ausland für das Reiseland Deutschland Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg der heimischen Reisebranche ist. Zukünftig werden weitere Mittel zur Erschließung neuer Märkte benötigt. Vor allem Asien ist ein interessanter Zielmarkt.
– Die Große Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion „Hemmnisse im Tourismus für behinderte Menschen abbauen“ (Bundestagsdrucksache 14/5840) hat zu verstärktem Engagement der Bundesregierung in diesem Bereich beigetragen und die ökonomische Dimension dieses Tourismussegmentes aufgezeigt.
– Wenngleich die Verbesserungen zur touristischen Beschilderung entlang von Autobahnen nicht weitgehend genug sind, zielen sie dennoch in die richtige Richtung.

Leider stehen diesen positiven Maßnahmen der Bundesregierung gravierende Verschlechterungen der Rahmenbedingungen für die heimische Tourismuswirtschaft in anderen Politikbereichen gegenüber. Insbesondere die Erhöhung der Steuer- und Abgabenbelastung durch die Einführung der verschiedenen Stufen der Ökosteuer und der Erhöhung der Tabaksteuer haben Unternehmen und Verbraucher verunsichert. Dies hat die Konjunktur- und Konsumflaute nochmals insbesondere zu Lasten der Tourismuswirtschaft in Deutschland verschärft.

Zur Belebung von Konjunktur und Konsum ist eine marktwirtschaftliche Erneuerung der Rahmenbedingungen in Deutschland erforderlich. Dabei steht die Einführung eines niedrigen, einfachen und gerechten Steuerkonzeptes mit Stufentarifen von 15, 25 und 35 Prozent im Vordergrund. Insbesondere die mittelständische Tourismuswirtschaft wird durch Verkrustungen im Arbeitsrecht,

eine überbordende Bürokratie und Regulierung in ihrer Entwicklung gebremst. Deshalb sind Flexibilisierungen im Bereich des Jugendarbeitsschutzgesetzes, bei den Ladenöffnungs- und Sperrzeiten in der Außengastronomie/Biergärten notwendige und überfällige Maßnahmen zur Belebung des Tourismusstandortes Deutschland. Schließlich sind bestehende Wettbewerbsverzerrungen wie z. B. durch die unterschiedlichen Mehrwertsteuersätze für die Hotellerie und Gastronomie in Europa zum Nachteil des deutschen Gastgewerbes zu beseitigen. Schließlich ist der Deutschland Tourismus zur Ausschöpfung seines Potenzials auf eine intakte Infrastruktur angewiesen. Leider hat es die Bundesregierung bisher versäumt, die notwendigen Investitionen für den Erhalt und Ausbau funktionierender Verkehrssysteme zu tätigen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Rahmenbedingungen für die mittelständische Tourismuswirtschaft umfassend zu verbessern. Nur so ist die Konjunktur- und Konsumflaute im Interesse des Tourismusstandortes Deutschland zu beheben;
2. die Steuern- und Abgabenbelastungen für Unternehmen und Verbraucher deutlich zu senken. Dazu ist ein niedriges, einfaches und gerechtes Steuersystem mit Stufentarifen von 15, 25 und 35 Prozent einzuführen. Zudem müssen Wettbewerbsverzerrungen in Deutschland durch steuerliche Benachteiligungen z. B. für das umweltfreundliche Verkehrsmittel Reisebus und europäische Wettbewerbsnachteile für die heimische Hotellerie und Gastronomie durch unterschiedliche Anwendung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes in den Mitgliedstaaten beseitigt werden;
3. die Verkrustungen im Arbeitsrecht, die der Schaffung neuer Arbeitsplätze in der Tourismusbranche im Wege stehen, zu beseitigen. Insbesondere einzelne restriktive Regelungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes und für den Einsatz ausländischer Saisonarbeitskräfte in der Hotellerie und Gastronomie müssen flexibler gestaltet werden. Das Arbeitserlaubnisrecht (§§ 284 ff.) wird dahin gehend geändert, dass Ausländer, die rechtmäßig und nicht als Touristen in Deutschland leben, für die Dauer ihres erlaubten Aufenthalts die Genehmigung erhalten, für ihren eigenen Lebensunterhalt zu sorgen und einer Beschäftigung nachzugehen. Diese Genehmigung wird von den Ausländerbehörden mit dem Aufenthaltstitel erteilt;
4. die Bürokratielasten für die mittelständische Tourismuswirtschaft in Deutschland drastisch zurückzuführen. Dazu muss vor allem die Arbeitsstätten-Verordnung „entrümpelt“ werden;
5. eine Deregulierungsoffensive zur Verbesserung der Dienst- und Serviceleistungen des Tourismusstandortes Deutschland zu starten. Dazu ist eine weitere Liberalisierung der Ladenöffnungs- und der Sperrzeiten in der Außengastronomie/Biergärten erforderlich.

Berlin, den 22. Oktober 2003

Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 340, Telefax (02 21) 97 66 344
ISSN 0722-8333